

## **Antrag nach §52 GOCR «Anschub in die Digitalisierung»**

GRG Nr. 16/AN 17 / 443

Sehr geehrter Herr Präsident  
Geschätzte Mitglieder des Regierungsrats  
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Seit Monaten kommunizieren wir mehrheitlich digital an Videokonferenzen, müssen Daten erfassen und sehen, mit welchen Schwierigkeiten Personen konfrontiert sind, die mit der Digitalisierung nicht selbstverständlich mithalten können.

Es gibt enorme Unterschiede, wie Firmen und Amtsstellen oder Behörden unterwegs sind. Einige Gemeinderäte kommunizieren papierlos und ausschliesslich digital und verwenden Tablets für all ihre Daten, andere arbeiten nach wie vor mit viel Papier. Bereits das Projekt BOA hat gezeigt, dass digitale Projekte selbst innerhalb der Verwaltung viel länger dauern, als anfänglich angenommen. Die Gemeinden wurden erst im letzten Moment eingebunden, obwohl sie die Datenlieferanten sind.

Liebe Regierungsrätinnen und Regierungsräte. Wenn Sie denken, sehr fortschrittlich unterwegs zu sein und das GIS-Portal als positives Beispiel nennen, dann legen Sie leider grad selber den Finger auf einen wunden Punkt.

Das GIS-Portal des Kantons Thurgau ist wenig benutzerfreundlich, unübersichtlich, unflexibel, ja geradezu umständlich und kann leider nicht als gutes Beispiel herangezogen werden. Vergleichen Sie mit unseren Nachbarkantonen und stellen Sie neidisch fest, dass wir weit hintenanstehen. Beliebige Zuschalten von Themenkarten auf die Grundlagenkarte ist beispielsweise nicht möglich und schon gar nicht selbsterklärend. Daten müssen in verschiedenen Karten zusammengesucht werden und sind nicht auf einen Blick greifbar.

Dass solch wichtige Aufgaben wie eine Digitalisierungsstrategie an den undurchsichtigen Verein «smarter Thurgau» delegiert werden soll, hinterlässt einige Fragezeichen. Dieser Verein, vor zwei Jahren aus der EKT hervorgegangen, wurde vom Regierungsrat mit 640'000 Franken Anschubfinanzierung ausgestattet. Was mit diesem Geld erreicht wurde, ist bis heute unklar, konkrete Aktionen sind nicht erfolgt, es bleibt offenbar bis anhin beim Erfahrungsaustausch und es stellt sich die Frage, wer und was wie finanziert werden. Mehr als Absichtserklärungen und Berichte aus Diskussionsrunden ist auf der Webseite jedenfalls nicht zu finden.

Auf uns warten grosse Herausforderungen in einer digitalen Zukunft. Wir dürfen Menschen nicht vergessen, denen diese Welt noch fremd ist. Die aktuelle Krise hat uns gelehrt, dass es nicht immer schneller, besser und leistungsfähiger gehen kann. Es braucht ein Miteinander, wir dürfen die schwächeren Glieder in der Kette nicht vergessen.

Die Strategie «Digitale Verwaltung Thurgau» ist ein gutes Instrument für die kantonsinterne Verwaltung. Die Anbindung an die breite Gesellschaft mit all ihren Facetten, darunter auch ältere und schwächere Mitmenschen, fehlt noch. Ansprüche der Wirtschaft werden sich verändern. Schnelle Informationen sind wichtig, möglichst wenig Medienbrüche könnten Datenverluste vermeiden. Die Datensicherheit ist ein zentrales Thema, das es ebenfalls zu beachten gibt. Mehrere Firmen im Thurgau wurden mit Hackerangriffen in ihrer Existenz bedroht. Es wird einiges gemacht, aber das Vernetzen der verschiedenen Akteure und Player hat noch nicht stattgefunden.

Es sollten Prioritäten und klare Leitlinien gesetzt werden für eine digitale Zukunft in unserem Kanton. Dazu braucht es keinen neuen Bericht. Das Ziel ist in den Regierungsrichtlinien enthalten, das Thema ist bereits im Fokus der Regierung.

Dabei sollen alle Bewohnerinnen und Bewohner berücksichtigt und insbesondere die **Datensicherheit** gewährleistet werden. Das ist sehr wohl eine Staatsaufgabe. Die Privatwirtschaft wird weiter vorangehen und die Bestrebungen unterstützen, braucht aber auch Partner in der Verwaltung, die auf Augenhöhe mitwachsen und die Schnittstellen zur Bevölkerung sicherstellen.

Wir Grüne danken den Vorstössern für die Diskussion zum Thema, lehnen aber ihren Antrag aus den genannten Gründen einstimmig ab.

Karin Bétrisey, Fraktion Grüne